

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen (dort beschlossen am: 26.09.2024)

Titel: Sicherung der Volkswagen-Standorte in
Sachsen und Förderung der E-Mobilität

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

Volkswagen hat am 02.09.2024 massive Sparmaßnahmen angekündigt, die Werksschließungen und Entlassungen in Deutschland nicht ausschließen. Außerdem wurden die Tarifverträge mit der IG Metall aufgekündigt. Dadurch soll die seit 1994 geltende und eigentlich bis 2029 laufende Beschäftigungssicherung, ein 30-jähriges Erfolgskonzept, welches betriebsbedingte Kündigungen ausschloss, wegfallen. Auch die Volkswagen Sachsen GmbH folgt diesem Schritt des Hauptkonzerns, wie das Unternehmen am 12.09. mitteilte. Diese Entwicklung bedroht insbesondere den Standort Zwickau als größtes und leistungsfähigstes E-Auto-Werk Europas sowie die Gläserne Manufaktur in Dresden und gefährdet damit die Zukunft der Automobilindustrie in Sachsen. Auch der Transformationsprozess des Chemnitzer Motorenwerks hin zur Elektromobilität ist gefährdet.

Sachsen hat sich in den letzten Jahren zum führenden E-Mobilitätsstandort entwickelt. Jedes vierte in Europa gebaute Elektroauto kommt aus unserem Bundesland. Diese Vorreiterrolle gilt es zu erhalten und auszubauen. Rund 100.000 Arbeitsplätze gibt es in der sächsischen Automobilindustrie. Allein die etwa 11.000 Stellen bei VW Sachsen direkt (9400 davon in Zwickau) sind von enormer Bedeutung für unsere Region. Hinzu kommen rund weitere 60000 Jobs bei Zulieferern, deren Existenz von Volkswagen abhängt. Bereits in der Vergangenheit hat VW durch Absatzeinbrüche und die schleppende Nachfrage in Zwickau auf den Zweischichtbetrieb umgestellt. Zudem wurden auch viele Stellen abgebaut, was die nicht festangestellten Mitarbeiter*innen getroffen hat. Bis Ende 2025 werden

beispielsweise 1000 befristete Verträge nicht mehr verlängert.

Doch Volkswagen ist nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern auch ein bedeutender Ausbildungsbetrieb für viele junge Menschen in Sachsen. Ein Stellenabbau würde die Zukunftschancen einer ganzen Generation gefährden. Die Sicherung und der Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen bei VW in Sachsen sind daher von höchster Priorität. Besonders kritisch zu sehen ist in diesem Kontext die durch die gekündigten Tarifverträge wegfallende Übernahmegarantie für Auszubildende.

Für uns als Jusos Sachsen ist klar: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, der Betriebsräte und der Gewerkschaft im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen und der Einhaltung von Tarifverträgen! Eine verfehlte Ausrichtung der Konzernstrategie darf nicht auf den Schultern der Beschäftigten ausgetragen werden. Im vergangenen Jahrzehnt wurde das Angebot von günstigen Elektroautos verschlafen, während die Konkurrenz im Ausland attraktiver und günstiger produzieren kann. Die Modelle von VW sind insbesondere für einkommensschwache Haushalte unerschwinglich. Unverständlich ist für uns auch, warum VW davon spricht, dass fünf Milliarden Euro fehlen und mehr Geld auszugeben wird, als man einnimmt - während gleichzeitig 2023 im Vergleich zum Vorjahr die Gewinne um 13 % gesteigert und umfangreiche Dividenden an Aktionär*innen (insgesamt 4,5 Mrd. Euro) ausgezahlt werden konnten. Die Belegschaft ist dem Konzern dabei egal.

Es wird höchste Zeit für eine strategische Neuausrichtung der Mobilitätspolitik des Konzerns mit der Bereitstellung von erschwinglichen E-Modellen für den deutschen und europäischen Markt und mit Investitionen in eine moderne und klimafreundliche Mobilität mit fortschrittlichen Technologien. Denn auch in absehbarer Zeit wird es insbesondere im ländlichen Raum keinen vollständigen Ersatz für den Individualverkehr geben. Zudem ist Mobilität insbesondere für junge Menschen ein Stück Freiheit und Selbstverwirklichung. Es gilt, die Transformation hin zur E-Mobilität in einem erschwinglichen Maße voranzutreiben und dabei die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und Innovationskraft in der Region zu sichern. Verstärkte staatliche Investitionen können dabei helfen, den Standort Deutschland zu stärken und Jobs zu erhalten. Staatlich subventionierte Kaufanreize wie E-Auto-Prämien können dabei nicht das Allheilmittel sein. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass VW nach dem Wegfall des Umweltbonus neben dem Herstelleranteil auch den Bundesanteil der Prämie kompensierte und sogar eine zusätzliche „Aktionsprämie“ für bestellte Neuwagen bis Ende März 2024 gewährte. Die Elektroautos wurden also im Vergleich zum Vorjahr noch günstiger – wobei die Preise auf hohem Niveau geblieben sind. Fest steht also: es sind vor allem die Konzerne gefordert. Zunächst müssen preisgünstige Modelle zur Verfügung gestellt werden. Zuschüsse für E-Autos sind hingegen nur sinnvoll für Fahrzeuge, die viel unterwegs sein müssen

(beispielsweise für Taxis, Handwerker*innen und soziale Dienste).

Begründung

Erfolgt mündlich